

Appell an die Landespolitik: Studierende entlasten – Studierendenwerke stärken

Liebe Landtagsabgeordnete,

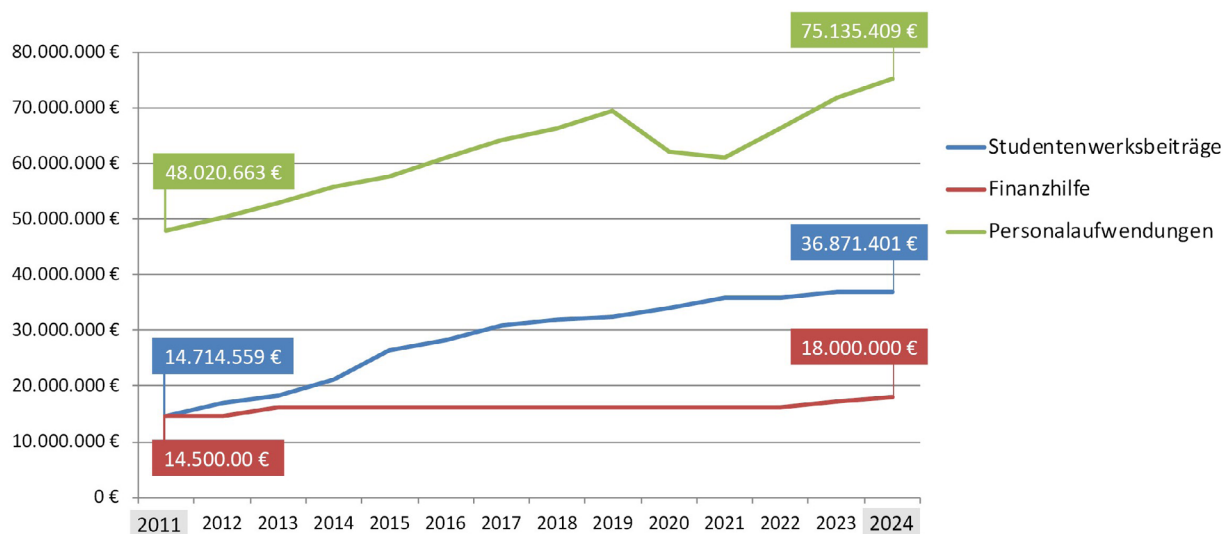
Niedersachsen braucht Studierende – die Fachkräfte, Wissenschaftlerinnen und Gestalter von morgen. Die Studierenden brauchen für ein erfolgreiches Studium die vielfältigen Leistungen der Studierendenwerke. Und wir brauchen für unsere Arbeit die Unterstützung des Landes. Eine Investition in die Studierendenwerke ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

Für viele Studierende gilt: Hohe Studienkosten, prekäre Lebensverhältnisse!

Viele Studierende leben prekär, zwei Drittel der Studierenden-Haushalte gelten als überlastet, mehr als ein Drittel der Studierenden ist armutsgefährdet. Neben Inflation und steigenden Lebensmittelpreisen setzen die Miet-Ausgaben den Studierenden besonders zu. Im Durchschnitt müssen sie 54 % ihrer Einnahmen dafür aufwenden (bei Azubis sind es 42 %, bei der restlichen Bevölkerung 25 %). Das BAföG reicht nicht zum Lebensunterhalt, viele haben erst gar keinen Anspruch darauf. In Niedersachsen kommt noch der bundesweit höchste Verwaltungskostenbeitrag dazu, der mit 75 € fast dreimal so hoch ist wie im Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Die hohen Semesterbeiträge, insbesondere nach den aktuellen Erhöhungen in Göttingen (127 €), Hannover (130 €) und OstNiedersachsen (138 €), sind eine zusätzliche Belastung.

Die Erhöhungen der Semesterbeiträge sind notwendig, da die in den letzten Jahren vorgenommenen Erhöhungen der Finanzhilfe des Landes nicht ansatzweise unsere gestiegenen Kosten kompensieren. Den Großteil müssen wir also an die Studierenden weitergeben. Während sich die Finanzhilfe des Landes in den letzten zwanzig Jahren kaum erhöht hat, sind die Beiträge der Studierenden deutlich gestiegen (s. Grafik). Noch bis 2010 waren die Einnahmen aus den Semesterbeiträgen niedriger als die aus der Finanzhilfe, inzwischen sind sie mehr als doppelt so hoch. Und die Entwicklung geht weiter. Das Studierendenwerk OstNiedersachsen hat auf Grundlage seiner mittelfristigen Finanzplanung bereits weitere Erhöhungen des Semesterbeitrags für die Folgejahre beschlossen.

Vergleich von Personalaufwendung, Studentenwerksbeiträgen und Finanzhilfe



Das bedeutet, dass Studierende zunehmend selbst für Leistungen aufkommen müssen, die uns im Niedersächsischen Hochschulgesetz übertragen wurden und die eigentlich durch eine ausreichende Grundfinanzierung des Landes gesichert werden sollten. Besonders für Studierende aus einkommensschwachen Haushalten ist das eine enorme Belastung.

Die Inflation der letzten Jahre, die aktuellen Tarifierhöhungen und die stetig steigenden gesetzlichen Anforderungen setzen uns massiv unter Druck. Ohne eine Erhöhung der Landesfinanzhilfe können wir nur schwer gewährleisten, dass wir alle unsere Leistungen – von bezahlbarer Verpflegung bis zu sozialem Wohnraum – weiterhin anbieten können.

Ein besonderes Problem liegt darin, dass viele unserer Wohnanlagen und Mensen dringend Sanierungen oder Modernisierungen benötigen, um weiter funktionsfähig zu bleiben und den steigenden Anforderungen an Energieeffizienz und Lebensqualität gerecht zu werden. Ohne ausreichende Mittel wird sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Studierende weiter verschärfen.

Eine klare Botschaft: Investieren Sie in Ihre Studierenden – investieren Sie in die Zukunft Ihres Landes!

Die Studierenden werden zukünftig als Fachkräfte dringend benötigt. Niedersachsen hat schon seit langem einen negativen Wanderungssaldo, d. h. es studieren mehr Abiturient*innen aus Niedersachsen in anderen Bundesländern als aus anderen Bundesländern in Niedersachsen. Wir müssen als Land für Studierende attraktiver werden, und das erreichen wir nicht durch hohe Mieten, Verwaltungskosten- und Semesterbeiträge, marode Mensen und abgenutzte Wohnheime.

Jeder Euro, den das Land in die Studierendenwerke investiert, entlastet die Studierenden und erleichtert es jungen Menschen, in Niedersachsen zu studieren.

Wir bitten Sie daher eindringlich: Setzen Sie sich für eine deutliche Erhöhung der Finanzhilfe ein, die die realen Kostensteigerungen der letzten Jahre berücksichtigt!

Wir halten eine Anpassung der Finanzhilfe für das Haushaltsjahr 2026 auf 23 Mio. Euro für angemessen (aktuell sind es 18 Mio. Euro). Über die Jahre haben wir relativ konstant ca. 42 % unsere Einnahmen für Personal aufgewendet. Noch 2011 hat die Finanzhilfe rd. 30 % des Personalaufwands finanziert, 2024 waren es nur noch 24 % (s. Grafik). Um den Anteil von 30 % wieder herzustellen, bedarf es der genannten Erhöhung. Diese würde im Übrigen immer noch bedeuten, dass 70 % der Kostensteigerung von den Studierenden getragen wird. Langfristig brauchen wir eine Dynamisierung der Finanzhilfe, um unseren Auftrag auch in Zukunft erfüllen zu können und Niedersachsen als attraktiven Studienstandort zu erhalten, ohne die Studierenden übermäßig zu belasten.

Mit einer substantiellen Erhöhung der Finanzhilfe können wir gemeinsam sicherstellen, dass die Studierendenwerke weiterhin starke Partner für die Studierenden bleiben – und damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunft unseres Landes leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Sönke Nimz

